ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN

Stadtteilgruppe Steglitz-Zehlendorf

Die Linke

Die genannten Maßnahmen lassen sich nur durch eine Neuverteilung des Straßenraums umsetzen.

Das heutige Verkehrssystem mit seiner überdimensionierten Auto-Infrastruktur ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen autozentrierten Verkehrspolitik von CDU und SPD. Die Nachteile sind seit Jahren offensichtlich. Aus ökologischen, stadtplanerischen und gesundheitlichen Gründen muss das Berliner Verkehrsnetz grundlegend umgebaut werden.

Weil die Mehrheit der Wege bereits heute nicht mit dem Auto zurückgelegt wird, müssen die vorhandenen Verkehrsflächen gerechter zwischen dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr sowie dem motorisierten Individualverkehr verteilt werden. Wir benötigen ein Netz attraktiver, direkter und vom Fußverkehr klar getrennter Radwege – gerade auch auf den Hauptverkehrsstraßen. Dies ist nur durch die Umwidmung von Pkw-Fahrspuren oder Parkraum zu erreichen.

Insbesondere braucht es den Rückbau überdimensionierter und kostspieliger Projekte wie der Brücke am Breitenbachplatz sowie die Herabstufung der A103 und der Joachim-Tiburtius-Brücke. Weitere Bausteine sind die Einrichtung von Zonen ohne Durchgangsverkehr (Kiezblocks) sowie die Umwidmung von Parkraum im Rahmen des BäumePlus-Gesetzes.

CDU

Der Begriff „Neuverteilung“ impliziert, dass die öffentlichen Straßen nur für den motorisierten Verkehr zur Verfügung stehen. Dies ist unzutreffend. Den Begriff „Neuverteilung des öffentlichen Straßenraums“ lehnen wir daher ab.

Wir stehen für Verkehrslösungen, die funktionieren und ein sicheres Fortbewegen für alle ermöglichen. Das Mobilitätsgesetz werden wir für ein faires Miteinander aller Verkehrsträger weiterentwickeln. Neue Radwege werden wir deshalb nur dort schaffen, wo sie tatsächlich benötigt werden und einen echten Beitrag zu sicheren und alltagstauglichen Verbindungen leisten.

Unser Fokus liegt auf dem Schließen von Lücken im Radwegenetz sowie auf dem Ausbau durchgehender Fahrradschnellwege, um den Fahrradverkehr vom übrigen Verkehr zu trennen und Konflikte zu vermeiden.

SPD

Der öffentliche Raum ist knapp und muss gerechter zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer:innen verteilt werden. Wir treten dafür ein, dass die knappe Ressource “öffentlicher Raum” den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer:innen entsprechend zugänglich gemacht und genutzt werden kann.

Das Auto bleibt zwar Teil des Mobilitätssystems, wird aber zur Realisierung der Mobilitätswende an geeigneten Stellen Fläche zugunsten von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, Grünflächen und allgemeiner Aufenthaltsqualität abgeben. Das erreichen wir einerseits durch einen Umstieg auf andere Mobilitätsarten als das Auto und andererseits durch eine effizientere Auto- und Flächennutzung. So würde z.B. die Umsetzung des Rückbaus der

Autobahnbrücken am Breitenbachplatz endlich ermöglichen, dass die freiwerdenden Flächen als Grünanlagen, Wohnraum und Begegnungsorte genutzt werden können.

Für den gesamten Bezirk steht für uns die Realisierung von sicherer Mobilität (vor allem für Fahrradfahrer:innen und Fußgänger:innen) und lebenswerten Kiezen im Vordergrund. Bei allen Maßnahmen müssen Wirtschafts- und Lieferverkehr sowie die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen Berücksichtigung finden.

Bündnis 90/ Die Grünen

wird nachgereicht

FDP

wird nachgereicht